

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Mittwoch, 31.05.2017
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:27 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Winter, Maria

SPD-Fraktion

Hemken, Harald
Meyer, Elfriede

für Hans-Dieter Haase

GfE-Fraktion

Janssen, Bernd
Mettin, Rainer

für Jochen Eichhorn

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Hegewald, Reinhard

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

FDP-Fraktion

Mälzer, Frank

für Erich Bolinius

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Discus, Gerhard
Jakobs, Stefan
Willms, Artur
Valentin, Astrid

Protokollführung

Lenzion, Daje

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Winter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 08.02.2017

Beschluss: Das Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vom 08.02.2017 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Eckwerte für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 17/0307

Herr Jahnke erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich den Eckwerteabschluss für das Haushaltsjahr 2018. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Bongartz verweist in Bezug auf den erhöhten Aufwand für Straßenunterhaltung auf die Grundsatzdiskussion zur Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung. Die Fraktionen hätten sich in diesem Zusammenhang auf eine Erhöhung der Grundsteuer geeinigt. Die Mittel sollten für den Ausbau von Straßen genutzt werden. Insofern sei eine entsprechende Anpassung sinnvoll und dringend erforderlich. Die Anpassung sollte seines Erachtens jedoch mit einer gewissen Kontinuität erfolgen.

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Jahnke gibt an, die Mehraufwendungen seien für den gesamten Planungszeitraum angepasst. Die Anpassung erfolge nicht nur für ein Jahr. Seines Erachtens sei es eine gerechtfertigte Größenordnung, die aufgrund der Kostensteigerungen dringend notwendig sei.

Anschließend setzt **Herr Jahnke** die Präsentation weiter fort.

Herr Mälzer möchte wissen, ob es zu der Entwicklung des Personalaufwands und der Personalaufwandsquote Vergleichszahlen zu anderen Städten gebe.

Herr Jakobs bestätigt, diesbezüglich seien Vergleichszahlen vorhanden. Die Kennzahlen müssten selbstverständlich detaillierter betrachtet werden. Es gebe beispielsweise Kommunen, die viele Aufgaben in Eigenbetrieben ausgegliedert hätten und andere Kommunen wiederum gar nicht. Es entstehe ein hoher Transferaufwand, wenn im Bereich 500 und 600 fremde Träger eingesetzt werden. Bei selbstständiger Durchführung der Aufgaben wie beispielsweise bei Kindertagesstätten entstehe natürlich ein hoher Personalaufwand. Aus diesem Grund sei die Personalaufwandsquote nicht immer vergleichbar. Die Ausgliederungen und Strukturierungen müssten dabei verglichen werden. Es sei keine Kommune in Niedersachsen oder bundesweit vergleichbar. Selbstverständlich könnten die Kurvenschwankungen näher analysiert werden. Trotz steigender Gesamtaufwendungen in den letzten Jahren gebe es nur eine leichte Verschiebung.

Anschließend setzt **Herr Jahnke** die Präsentation weiter fort.

Frau Winter bedankt sich für den Vortrag. Für das Emdener Klinikum sei im Rahmen der unterstellten Realisation des Zentralklinikums ein Konsolidierungsprogramm angenommen worden, woraus ein Verlustausgleich in Höhe von 3 Mio. € resultiere. Ihres Erachtens würden sich die Verluste bei Nichtrealisierung erhöhen.

Herr Jahnke erklärt, der Verlustausgleich in Höhe von 3 Mio. € resultiere aus der Annahme, dass die Stadt Emden und der Landkreis Aurich weiterhin intensiv im Rahmen der Realisation des Zentralklinikums zusammenarbeiten können. Als Beispiel nennt er einen gemeinsamen Mitarbeiterpool oder Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen. Die Maßnahmen könnten auf Basis des Konsortialvertrages umgesetzt werden. Er betont, dass derzeit kein Plan B entwickelt worden sei.

Herr Bongartz bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Inhaltlich sei der Eckwertebeschluss vergleichbar mit den vergangenen Jahren. Es würden sich lediglich ein paar Zahlen verschieben. Zielrichtung des Handelns sei, die finanzielle Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit sicherzustellen und zu erhalten. Die Eckwerte würden nun ausführlich in den Fraktionen beraten. Die CDU-Fraktion werde dazu selbstverständlich die Verwaltung einladen.

Herr Mälzer bedankt sich für die Präsentation. Es sei ernüchternd, dass weiterhin sehr hohe Defizite vorhanden seien. Er appelliert daran, in den nächsten drei bis vier Jahren Haushaltskonsolidierung vorzunehmen und alle Positionen stetig zu überprüfen. In der Vergangenheit seien seines Erachtens beispielsweise Fehler hinsichtlich des Apollo-Gebäudes und der Rücknahme der Kita-Anpassung gemacht worden. Ebenso müssten unvorhergesehene Mittel wie beispielsweise für die Sanierung des Freibades Borssum bereitgestellt werden. Die Handlungsfähigkeit müsse erhalten werden. In den nächsten Jahren sollte der Rat zu einer sachlichen Zusammenarbeit finden.

Herr Renken entgegnet, eine sachliche Zusammenarbeit habe es im Wesentlichen zwischen den Fraktionen bezüglich des Haushaltes in den letzten fünf Jahren ebenso gegeben. Trotz Differenzen sei das gemeinsame Ziel, die kommunale Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Zumindest für das Jahr 2018 könnten aus den vorhandenen Rücklagen die Defizite bedient werden. Die Risiken seien von der Verwaltung ebenso benannt worden. Die größten Unsicherheiten würden im Bereich des Klinikums und der Jugendhilfe liegen. Er bedankt sich für den gut gegliederten Vortrag. Es seien immer noch Änderungen möglich, da dies zunächst der Eckwertbeschluss sei. Die finanzielle Eigenständigkeit sollte auch über 2019 hinaus gesichert werden. Die Rücklagen seien zu dem Zeitpunkt aus heutiger Sicht aufgebraucht. Das Ziel müsse daher kritisch betrachtet werden. Alle Positionen sollten stetig überprüft werden, um die Investitionsfähigkeit nicht zu verlieren.

Herr Janssen bemerkt, es seien nicht nur negative Zahlen vorgestellt worden. Die finanzielle Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit könne bis 2018 aufrechterhalten werden. Die Zahlen hätten sich gegenüber den Vorberichten der letzten Monate leicht verbessert. Die GfE-Fraktion hoffe, dass die Gewerbesteuererinnahmen leicht steigen können. Die Ausgaben in sozialen Fachbereichen wie Jugend und Schule würden sich seines Erachtens weiterhin erhöhen. Alle Beteiligten sollten gemeinsam arbeiten, um den Haushalt auszugleichen und die Handlungsfähigkeit zu erhalten.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag. Die Ausgaben im Bereich Jugend und Schule seien zwar gestiegen, aber auch äußerst wichtig. Ihres Erachtens dürfe nicht an den verkehrten Stellen Kürzungen vollzogen werden.

Herr Jahnke schildert, diese Problematik sei kein alleiniges Problem der Stadt Emden, sondern würde die gesellschaftliche Entwicklung widerspiegeln. Viele Steigerungszahlen des Fachbereiches Jugend, Schule und Sport seien darauf zurückzuführen. Alle Gebietskörperschaften würden unter der gesellschaftlichen Entwicklung leiden.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 6 Kreditaufnahme der Beteiligungsgesellschaften für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 17/0322

Herr Jahnke erläutert anhand der Vorlage 17/0322 sowie der beigefügten Wirtschaftspläne der Gesellschaften die Kreditaufnahmen der Zukunft Emden GmbH, der Stadtwerke Emden GmbH, der Stadtverkehr Emden GmbH sowie der GEWOBA Emden GmbH für das Wirtschaftsjahr 2017.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden genehmigt die Kreditaufnahmen der Zukunft Emden GmbH, der Stadtwerke Emden GmbH, der Stadtverkehr Emden GmbH sowie der GEWOBA Emden GmbH für das Wirtschaftsjahr 2017 im Rahmen der beigefügten Wirtschaftspläne.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Umwandlung des Optimierten Regiebetriebes 841 Kulturevents Emden in einen Eigenbetrieb
Vorlage: 17/0323

Herr Jahnke berichtet anhand der Vorlage 17/0323 über die geplante Umwandlung des Optimierten Regiebetriebes 841 Kulturevents Emden in einen Eigenbetrieb.

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Bongartz stellt fest, dass das Kulturbüro Emden gemeinsam mit der Touristen-Information in die „Welle“ am Stadtgarten ziehen werde. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob es bereits eine Nachnutzung für die jetzigen Räumlichkeiten in der Großen Straße gebe.

Herr Jahnke erklärt, der Vermieter der Räumlichkeiten in der Großen Straße sei die Sparkasse Emden.

Herr Renken legt dar, dass die Umwandlung in einen Eigenbetrieb nachvollziehbar sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Vorlage zustimmen.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Vorbereitungen zur Umwandlung des Optimierten Regiebetriebes 841 Kulturevents Emden in einen Eigenbetrieb zu treffen, sodass im Herbst 2017 der Eigenbetrieb mit Wirkung zum 01.01.2018 durch den Rat gegründet werden kann.

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 8 Antrag auf einen Personalausschuss;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2017
Vorlage: 17/0315

Herr Bongartz übernimmt den Vorsitz.

Frau Winter erörtert, der Verwaltungsvorstand habe vorgeschlagen, einen Personalausschuss mit jeweils einem Mitglied aus den Fraktionen einzuführen. Die SPD-Fraktion habe die Thematik intensiv diskutiert. Frau E. Meyer habe ausgeführt, dass in früheren Jahren bereits ein sinnvoller Personalausschuss existiert habe. In der heutigen Präsentation zu den Eckwerten 2018 sei erläutert worden, dass eine Steigerung von Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 1 Mio. € eingeplant werden müssten. Selbstverständlich sei es wichtig, an bestimmten Stellen Personal aufzubauen. In den Jahren 2013 bis 2016 seien insgesamt zehn Stellen für Angestellte geschaffen worden. Im gleichen Zeitraum sei die Anzahl der Beamten ebenfalls um zehn gestiegen. Über die Sinnhaftigkeit sollte in einem nicht öffentlichen Ausschuss diskutiert werden. Die Anzahl der Mitglieder des Personalausschusses sollte das Wahlergebnis widerspiegeln. Beispielsweise könnte dies an die Mitgliederzahl des Verwaltungsausschusses angegliedert werden.

Herr Hegewald gibt an, die CDU-Fraktion befürworte ebenfalls die Einführung eines Personalausschusses. In der Sitzung des Rates am 21.06.2017 sollte dies formell beschlossen werden. Der Personalausschuss müsse jedoch mit mehr als fünf Mitgliedern besetzt werden. Laut Geschäftsordnung seien in den Fachausschüssen zehn Mitglieder vertreten. Die personelle Besetzung sollte sich seines Erachtens entweder am Verwaltungsausschuss oder an den Fachausschüssen orientieren.

Herr Hemken bemerkt, die SPD-Fraktion habe sich aufgrund der entstehenden Kosten durch Sitzungsgelder auf fünf Mitglieder geeinigt. Eine größere Anzahl würde die Fraktion nicht grundsätzlich ablehnen.

Herr Renken erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei grundsätzlich dafür, die Thematik „Personal“ in einem eigenen Ausschuss zu bündeln. Den Vorschlag der Verwaltung unterstütze

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

seine Fraktion jedoch nicht, da es kein Unterausschuss des Verwaltungsausschusses sein sollte. Ebenso sollte die Teilnahme nicht an die VA-Mitgliedschaft gebunden werden. Eine Besetzung mit acht oder zehn Personen sei sinnvoller. Seines Erachtens bestehe fachlich eine enge Verwandtschaft mit dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation, da der Stellenplan über diesen Ausschuss eingebracht werde. Über eine neue Geschäftsordnung könne am 21.06.2017 noch nicht beschlossen werden. Die Verwaltung sollte entsprechend den Vorgaben den Geschäftsordnungsentwurf anpassen, sodass die konkrete Ausgestaltung in der Folgesitzung abschließend entschieden werden könne. Die Fraktionen sollten zunächst bei einem gemeinsamen Treffen über die Zahl der Mitglieder und die Zuordnung diskutieren.

Herr Mälzer teilt mit, die FDP-Fraktion lehne die Einführung eines Personalausschusses strikt ab. Der Ausschuss würde wieder zusätzliche Kosten verursachen. Ebenso sei es nicht sinnvoll, dass die Politik mehr Einfluss auf die Personalentscheidungen nehme. Die Entscheidungen sollte die Verwaltung bzw. der Verwaltungsausschuss treffen.

Herr Janssen führt aus, die GfE-Fraktion lehne einen zusätzlichen Personalausschuss ebenfalls ab. Die Personalkostensteigerungen seien hauptsächlich auf Lohn- und Gehaltskosten zurückzuführen. Es sei keine Steigerung der Anzahl der Mitarbeiter erfolgt. Die Personalangelegenheiten seien Thema der Verwaltung und nicht der Politik. Ebenso werde ein zusätzlicher Ausschuss aus Kostengründen konsequent abgelehnt. Die Themen könnten im Verwaltungsausschuss oder im nicht öffentlichen Teil des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation besprochen werden.

Herr Discus weist darauf hin, dass ein riesiges Nachwuchsproblem bestehe. Die gut ausgebildeten Inspektoren sollten zukünftig als Beamte übernommen werden, da diese ansonsten nach der Ausbildung zu anderen Kommunen wechseln würden. Im Bereich der Feuerwehr habe es mehrere Krankheitsfälle gegeben, die ersetzt werden mussten. Die erkrankten Mitarbeiter seien anderweitig eingesetzt worden, hätten jedoch natürlich den Beamtenstatus behalten. Aus diesem Grund sei die Anzahl gestiegen. Selbstverständlich habe dies ebenso Konsequenzen in Bezug auf Beihilferückstellungen und Altersteilzeit. In Zukunft werde sich dies in geringem Maße fortsetzen. Die leitenden Stellen seien häufig durch Beamte besetzt. Mittlerweile sei bei Stellenausschreibungen eine Frage der Bewerber, ob diese im Beamtenstatus übernommen werden. Die Bewerber würden ansonsten die Stelle nicht annehmen. Der Stellenplan solle nicht ausgedehnt werden. Die Vorlage sei so formuliert, dass bei den nächsten Ausschusssitzungen eine Änderung der Geschäftsordnung eingebracht werde. Diesbezüglich benötige die Verwaltung jedoch konkrete Hinweise. Die Fraktionen hätten in der Diskussion bisher bei der inhaltlichen Ausgestaltung verschiedene Modelle genannt. Ein eigenständiger Personalausschuss mit einer höheren Anzahl als fünf Mitglieder werde von den Fraktionen offensichtlich eher befürwortet als die Bildung eines Unterausschusses des Verwaltungsausschusses. Seines Erachtens sei es nicht sinnvoll, wenn bei Vorstellungsgesprächen ein gesamter Personalausschuss teilnehme. An den Auswahlverfahren seien bereits die aufnehmende Organisationseinheit, der Fachdienst Personal mit zwei Personen, der Personalrat, die Gleichstellungsbeauftragte und eventuell die Schwerbehindertenvertretung beteiligt. Bei einer internen Besetzung müsse nach Eignung, Befähigung und Leistung gewertet werden, sodass es keine großen Auswahlmöglichkeiten gebe. Ansonsten werde die Klagemöglichkeit eröffnet. Er schlägt vor, dass die Fraktionen in einem kleinen Kreis über die Zusammensetzung des Personalausschusses sowie über die entsprechende Gestaltung der Geschäftsordnung sprechen, um bei der nächsten Sitzung einen entsprechenden Beschluss fassen zu können.

Herr Bongartz stellt fest, es gebe unterschiedliche Meinungen in diesem Ausschuss. Die Größe sowie die Zuständigkeit des Personalausschusses könne in weiteren Sitzungen geregelt werden, um anschließend eine Satzungsänderung zu beschließen. Über die grundsätzliche Einführung eines Personalausschusses müsse jedoch abgestimmt werden.

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Renken beantragt, die Vorlage zur weiteren Beratung an die Fraktionen zu verweisen. Es sollte weder über den Beschlussentwurf der Antragstellerin noch über den abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung abgestimmt werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle die Fragen des städtischen Personals ebenfalls intensiver behandeln. Der Personalausschuss könne aus seiner Sicht eine Alternative sein. Eine Anbindung oder Erweiterung des Aufgabenfeldes des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation sei ebenso möglich. Die Thematik könnte in diesem Rahmen in einem nicht öffentlichen Teil behandelt werden.

Herr Hemken entgegnet, ein Ausschuss mit expliziten Aufgaben könne sich vor der Thematik und der Problematik nicht drücken. Seines Erachtens erreiche man mit einem Personalausschuss eher das Ziel.

Herr Janssen wiederholt, die GfE-Fraktion lehne einen Personalausschuss kategorisch ab. Das Beamtentum müsse weiterhin gestärkt werden. Die Politik sei für Personalfragen nicht kompetent genug. Die Fachleute in der Verwaltung sollten diesbezüglich die Entscheidungen treffen.

Herr Mälzer führt aus, die FDP-Fraktion lehne einen Personalausschuss grundsätzlich ebenfalls ab. In großen Konzernen würde der Vorstand die Personalentscheidungen treffen und den Aufsichtsrat lediglich darüber informieren. Der Beschlussentwurf der Antragstellerin, einen nicht öffentlichen Personalausschuss, wie er früher existiert habe, einzuführen, sei noch völlig vage. Aus diesem Grund sei es sinnvoll, dass die Fraktionsvorsitzenden die Thematik nochmals gemeinsam diskutieren und die Vorteile, Nachteile sowie Kosten gegenüberstellen.

Frau Winter entgegnet, die SPD-Fraktion befürworte nach wie vor einen eigenständigen Ausschuss. Die Thematik sollte nicht im Verwaltungsausschuss behandelt werden, da die Zeit für die anderen Themen bisher schon kaum ausreiche. Sinnvoller sei der Vorschlag von Herrn Renken die Personalangelegenheiten im Ausschuss für Finanzen, Beteiligen und innere Organisation zu behandeln.

Herr Jahnke schlägt vor, tatsächlich zunächst in einem nicht öffentlichen Teil des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation beispielsweise einen Tagesordnungspunkt „Personalangelegenheiten“ aufzunehmen. Eventuell könne ein Ausschussmitglied an den Auswahlverfahren für die Besetzung von Fachbereichsleiterstellen teilnehmen. Die Kriterien des Berichtes könnten selbstverständlich gemeinschaftlich definiert werden. Dieser würde quartalsweise in den Sitzungen erfolgen. Das gewünschte Controlling sei dadurch gegeben. Der Stellenplan werde ohnehin mit dem Haushalt beschlossen und sei originäres Thema dieses Ausschusses und der Haushaltsstrukturkommissionen gewesen. Die Verwaltung unterliege ständigen Personalbedarfsanalysen. PwC habe grundsätzlich die Personalpolitik bestätigt. Es seien nur an wenigen Stellen Hinweise auf das Personal geäußert worden.

Herr Bongartz lässt über die Verweisung der Vorlage an die Fraktionen abstimmen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 7
Dagegen: 2
Enthaltungen: 0

Herr Jahnke bittet die Fraktionen um gemeinsame Absprache und anschließende Rückmeldung, nach welchen Kriterien der Bericht zukünftig erfolgen solle.

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 10 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.